Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Dorothea Steiner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/14385 –**

Naturschutz und Hochwasserschutz auf zu privatisierenden bundeseigenen Flächen

Vorbemerkung der Fragesteller

Das europäische Netz Natura 2000 umfasst bundesweit rund 15 Prozent aller Flächen. Eine angepasste Nutzung und Bewirtschaftung dieser Flächen ist in Abhängigkeit von den Erhaltungszielen in vielen Fällen erforderlich und zum Teil auch der Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes förderlich. Der Bund bzw. bundeseigene Gesellschaften sind Eigentümer zahlreicher Flächen in Natura-2000-Gebieten und auch in anderen Schutzgebieten.

Mit dem Nationalen Naturerbe (NNE) hat der Bund die Zielsetzung, bis zu 125 000 Hektar hochwertige Naturschutzflächen aus dem Eigentum des Bundes an die Bundesländer oder Naturschutzstiftungen und -verbände zu übertragen.

Weitere naturschutzfachlich wertvolle bundeseigene Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) innerhalb von Natura-2000-Gebieten und anderen Schutzgebieten werden jedoch weiter zum Verkauf ausgeschrieben und veräußert.

Naturschutzstiftungen und -verbände sind bei den allgemeinen Ausschreibungen berechtigt, mitzubieten und naturschutzfachlich wertvolle Flächen zu erwerben und dauerhaft eigentumsrechtlich zu sichern, um diese einer naturschutzgerechten Nutzung oder Pflege zuzuführen. Bei den von der BVVG auf arbeitsintensive Betriebsformen beschränkt ausgeschrieben Flächen sind Naturschutzstiftungen und -verbände bisher jedoch als Bieter nicht zugelassen, und zwar auch nicht in Schutzgebieten, obwohl sie die Flächen den Schutzgebietszielen entsprechend und damit in der Regel extensiv oder ökologisch und damit arbeitsintensiv bewirtschaften lassen.

1. a) Wie hoch ist der Flächenanteil von bundeseigenen Flächen in Fauna-Flora-Habitat- (FFH) und Vogelschutzgebieten (bitte Zuordnung nach Bundesländern in Hektar und Anteil der Fläche)?
- b) Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei diesen Flächen pro Land die Verteilung der Landnutzung (Acker, Grünland, Wald, Gewässer, Sonstiges) dar?

Für die BVVG sind weder Aussagen zum Umfang noch zur Verteilung nach Nutzungsarten möglich, da sie über einen systematischen Abgleich ihrer im Eigentum befindlichen Flächen mit FFH- und Vogelschutzgebieten u. ä. nicht verfügt.

Die Flächen der bundeseigenen Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in FFH- und Vogelschutzgebieten sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

LMBV-Flächen in FFH-Gebieten

Land	Fläche in ha	davon LN	FN	WN	SN
Brandenburg	250,11	31,66	114,56	52,41	51,48
Sachsen	1 106,57	65,04	345,47	478,04	218,02
Sachsen-Anhalt	0,04	0,04	0,00	0,00	0,00
Thüringen	0,034	0,00	0,34	0,00	0,00

LN – Landwirtschaftliche Nutzung

FN – Forstwirtschaftliche Nutzung

WN – Wasserwirtschaftliche Nutzung

SN – Sonstige Nutzung

LMBV-Flächen in Vogelschutzgebieten

Land	Fläche in ha	davon LN	FN	WN	SN
Brandenburg	147,45	21,12	78,63	12,87	34,83
Sachsen	4 034,44	361,74	668,45	2 368,95	635,30
Sachsen-Anhalt	2,42	2,42	0,00	0,00	0,00
Thüringen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Für die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt), Sparte Bundesforst, betreuten Liegenschaften können die gewünschten Daten den als Anlagen 1 und 2 beigefügten Auswertungen auf der Grundlage der letzten turnusmäßigen Erhebung der Schutzkategorien per 1. Oktober 2009 entnommen werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass durch zwischenzeitliche Grundstücksgeschäfte (z. B. durch Grundbuchumschreibungen usw.) die angegebenen Zahlen von den aktuellen Flächengrößen abweichen können.

2. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Flächen in Natura-2000-Gebieten und in anderen Schutzgebieten, die sich im Eigentum bzw. in der Verwaltung des Bundes und seiner nachgeordneten Einrichtungen BImA, BVVG und LMBV befinden, so bewirtschaftet oder gepflegt werden, dass die Schutzgebietsziele angemessen berücksichtigt und erreicht werden (z. B. Auflagen bei der Verpachtung) (bitte zwischen selbst bewirtschafteten und verpachteten Flächen differenzieren)?

Die Pachtverträge der BVVG mit ihren Pächtern beinhalten entsprechende Hinweise auf die Lage von Flächen in Schutzgebieten u. ä., soweit diese der BVVG bekannt sind. Im Zusammenhang mit der vertraglich vereinbarten Verpflichtung des Pächters zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung obliegt diesem die Einhaltung etwaiger Bewirtschaftungsbeschränkungen etc., die sich aus den Schutzgebietsverordnungen u. ä. ergeben.

Die LMBV hat keine Flächen in Schutzgebieten verpachtet. Bergrechtliche Sanierungsarbeiten auf Flächen in Schutzgebieten erfolgen mit naturschutzfachlicher Begleitung. Die Sanierung auf Flächen des NNE in Sachsen erfolgt durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe von LMBV und Freistaat Sachsen unter Begleitung des Bundesamtes für Naturschutz.

Die Bundesanstalt verfügt mit ihrem naturverträglichen Geländemanagement über ein sowohl von den Naturschutzbehörden als auch von den Naturschutzverbänden anerkanntes Naturschutzkonzept. Im Rahmen dieses Konzeptes werden auf allen Flächen im Eigentum der Bundesanstalt in Natura-2000-Gebieten und anderen Schutzgebieten die entsprechenden Schutzvorgaben beachtet und die Schutzgebietsziele bei der Geländebetreuung angemessen berücksichtigt. Bei verpachteten Flächen werden entsprechende Auflagen vertraglich vereinbart.

3. Wie trägt die Bundesregierung dafür Sorge, dass bei einem Verkauf von Flächen der BImA, BVVG und LMBV ein neuer Eigentümer angemessen über den Naturschutzstatus und die Erhaltungsziele informiert wird?

BVVG, LMBV und die Bundesanstalt halten den Naturschutzstatus im jeweiligen Kaufvertrag fest. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

4. Wie gewährleistet die BVVG, die BImA und die LMBV bei Flächenverkäufen, dass die Nutzung der Fläche durch den zukünftigen Eigentümer im Einklang mit den Erfordernissen von Natura 2000 und anderer Schutzgebietskategorien erfolgt?

Käufer der entsprechenden Flächen unterliegen wie jeder Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Flächen den naturschutzfachlich begründeten öffentlich-rechtlichen Nutzungsbeschränkungen. Die Aufsicht und Kontrolle über deren Einhaltung obliegt den jeweils zuständigen Fachbehörden des Landes.

5. Wie wird vor Verkäufen die naturschutzfachliche Bedeutung der Flächen geprüft?

Die BVVG und die LMBV prüfen bei einem Verkauf der Flächen deren eventuelle Lage in Schutzgebieten mit ihrem geografischen Informationssystem (GIS) und anhand der vom Bundesamt für Naturschutz bereitgestellten kartografischen Darstellungen und nehmen entsprechende Hinweise in den Kaufvertrag auf.

Bevor eine Liegenschaft durch die Bundesanstalt zum Verkauf gestellt wird, erfolgt eine umfangreiche Prüfung aller relevanten Eigenschaften des Verkaufsobjekts, auch des Naturschutzstatus anhand der jeweiligen Liegenschaftsakte sowie der sonstigen zur Verfügung stehenden Kartengrundlagen, Natural- und Planungsdaten. Flächen mit naturschutzfachlicher Bedeutung werden vor Anbietung zum Verkauf in dieser Hinsicht besonders geprüft. Dabei sind gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen von einer Privatisierung ausgenommen.

6. Erhalten Träger des Naturschutzes bei Flächen in Schutzgebieten ein Vorkaufsrecht, und wenn nein, warum nicht?

Ja, Trägern des Naturschutzes wurde bei Flächen in Schutzgebieten ein Vorkaufsrecht bzw. die Möglichkeit des unentgeltlichen Erwerbs eingeräumt.

Im Rahmen der durch die Bundesregierung beschlossenen Flächenbereitstellung zur Sicherung des Nationalen Naturerbes wurden bzw. werden geeignete Flächen im Rahmen der vereinbarten Flächenkulisse von insgesamt 125 000 ha (BVVG, LMBV und Bundesanstalt) an Träger des Naturschutzes unentgeltlich übertragen.

Der bevorzugte Erwerb von Flächen der BVVG durch Naturschutzträger ist gesetzlich abschließend geregelt in § 3 Absatz 12 bis 14 des Ausgleichsleistungsgesetzes. Demnach können die neuen Bundesländer bzw. von ihnen benannte Träger des Naturschutzes nach gegenwärtigem Stand noch etwa 33 000 ha bevorzugt entgeltlich erwerben. Für eine darüber hinausgehende, allgemeine Privilegierung von Naturschutzverbänden bei der Ausschreibung und dem Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus dem Besitz der BVVG gibt es keine Rechtsgrundlage. Das Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG bleibt davon unberührt. Unabhängig davon führt die BVVG in begründeten Ausnahmefällen gemäß § 15 FlErwV auch Direktverkäufe von naturschutzfachlich besonders wertvollen Flächen an die Naturschutzträger auf deren Antrag hin durch. Bisher sind auf diesem Wege etwa 20 000 ha an Träger des Naturschutzes verkauft worden.

Gemäß Verwertungsrichtlinie der LMBV dürfen Träger des Naturschutzes Flächen ohne Ausschreibung zum Verkehrswert erwerben.

In den rechtlichen Vorgaben für die Veräußerung von Grundstücken der Bundesanstalt ist ein Vorkaufsrecht für Träger des Naturschutzes nicht vorgesehen.

7. Wie sind die Belange der FFH- und Vogelschutzgebiete und anderer Schutzgebietskategorien in den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen berücksichtigt worden?

Die Belange der FFH- und Vogelschutzgebiete und anderer Schutzgebietskategorien werden in den Privatisierungsgrundsätzen der BVVG nicht zusätzlich berücksichtigt, denn sie werden, wie in den vorhergehenden Antworten dargestellt, bereits durch eine Reihe von Naturschutz-Gesetzen und entsprechende Verfahren ihrer Umsetzung innerhalb der Arbeitsabläufe der BVVG berücksichtigt.

8. Aus welchen Gründen sind Naturschutzstiftungen und Naturschutzverbände bei auf arbeitsintensive Betriebsformen beschränkten Ausschreibungen der BVVG nicht zum Kauf berechtigt, auch wenn diese Flächen in Schutzgebieten liegen und dort eine extensive und damit arbeitsintensive Bewirtschaftung aus Sicht der Fragesteller besonders angebracht ist?

Der in der Frage zum Ausdruck gebrachten Gleichsetzung von extensiver und arbeitsintensiver Bewirtschaftungsweise kann die Bundesregierung in dieser allgemeinen Form nicht folgen. Die sog. beschränkten Ausschreibungen dienen nach dem gemeinsamen Willen des Bundes und der Länder der gezielten Förderung bestimmter Gruppen von landwirtschaftlichen Betrieben, nicht der Zuordnung bestimmter Flächenkategorien zu einzelnen Käufergruppen. Die Möglichkeit, Flächen beschränkt nur für arbeitsintensive Betriebe (Ökobetriebe, Betriebe mit Tierhaltung sowie Dauerkultur- und Gartenbaubetriebe) auszuschreiben, soll dazu beitragen, mögliche Wettbewerbsnachteile dieser Betriebe im Rahmen von allgemeinen Ausschreibungen zu vermeiden. Dies dient dem Ziel der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Hochwasserschutz

9. In welchem Umfang waren bundeseigene Agrarflächen der BVVG, der BImA und der LMBV vom diesjährigen Hochwasser betroffen?

Abschließende, konkrete Daten zu den vom diesjährigen Hochwasser betroffenen BVVG-Pachtflächen liegen derzeit noch nicht vor. Auf der Basis der vom Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation per 13. Juni 2013 bereitgestellten Daten hatte die BVVG im Abgleich mit ihrem geografischen Informationssystem (GIS) zunächst 420 Pächter mit rund 600 Pachtverträgen und ca. 6 880 ha potentiell vom Hochwasser unmittelbar betroffener BVVG-Pachtfläche ermittelt.

Landwirtschaftsflächen der LMBV waren nicht vom Hochwasser Juni 2013 betroffen.

Agrarflächen der Bundesanstalt (Acker- und Grünland) waren nur in sehr geringem Umfang durch das diesjährige Hochwasserereignis betroffen (nach derzeitigem Erhebungsstand ca. 1,85 ha Grünland im Bereich der Elbwiesen (Überschwemmungsgebiet) sowie ca. 2 ha Ackerland).

10. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es sinnvoll ist, für bundeseigene Agrarflächen in Flussauen solange ein Verkaufsstopp zu erlassen, bis klar ist, ob die Länder für diese Gebiete ein neues Retentionsgebiet (per Deichrückverlegung) oder einen neuen Hochwasserpolder planen, um zu verhindern, dass in diesen Gebieten Flächen entschädigt werden müssen, die vorher vom Bund verkauft wurden?
- b) Wenn nein, warum nicht?
- c) Wenn ja, hat sie einen solchen Verkaufsstopp bereits erlassen, und falls das nicht der Fall ist, wie wird die Bundesregierung einen solchen Verkaufsstopp ggf. umsetzen?

Die Fragen 10a, b und c werden im Zusammenhang beantwortet:

Der Bundesregierung liegen bisher keine konkreten Anfragen der Länder für Agrarflächen des Bundes in Flussauen vor. Der Erlass eines Verkaufsstops zu einem Zeitpunkt, an dem nicht einmal klar ist, ob die Länder für diese Gebiete ein neues Retentionsgebiet oder einen neuen Hochwasserpolder planen, scheint nicht zweckmäßig. Soweit seitens der Länder konkrete Planungen für die Schaffung von Retentionsräumen oder Poldern vorliegen und bundeseigene

Flächen betroffen sind, wird der Bund sich konstruktiv an der Umsetzung der Planungen beteiligen. Das alleinige Vorhalten bundeseigener Flächen ohne gleichzeitige Maßnahmen auf Landes- oder kommunaler Ebene erscheint nicht zielführend.

Anlage 1 zu Frage 1a

BUNDESLAND	BETREUTE LIEGENSCHAFTSFLÄCHE		VOGELSCHUTZGEBIETE		FFH-GEBIETE		GESAMTFLÄCHE (Natura 2000-Gebiete)	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Baden-Wuerttemberg	20845	63	13214	64	13336	64	14682	70
Bayern	85193	56	47690	65	55766	65	57168	67
Berlin	1111	0	0	1	16	1	16	1
Brandenburg	79320	14	11415	24	18745	24	25916	33
Freie Hansestadt Bremen	271	0	0	4	11	4	11	4
Freistaat Thueringen	42436	42	17854	38	16082	38	20367	48
Hamburg	190	0	0	11	22	11	22	11
Hessen	28408	32	9061	31	8784	31	12694	45
Mecklenburg-Vorpommern	70208	48	33864	21	15013	21	36418	52
Niedersachsen	101720	32	32644	25	25732	25	36761	36
Nordrhein-Westfalen	40004	50	19824	50	20184	50	21390	53
Rheinland-Pfalz	46302	27	12558	42	19506	42	20407	44
Saarland	4367	11	495	10	424	10	645	15
Sachsen	35793	61	21742	56	20113	56	23792	66
Sachsen-Anhalt	69345	56	38887	50	34769	50	39553	57
Schleswig-Holstein	19727	12	2412	24	4640	24	6762	34
GESAMT	645240	41	261661	39	253143	39	316644	49

Anlage 2 zu Frage 1b

BUNDESLAND	LANDNUTZUNG	VOGELSCHUTZGEBIETE		FFH-GEBIETE	
		ha	%	ha	%
Brandenburg	Offenlandfläche*	1495,59	13,10	6507,32	34,72
	Wald	9608,98	84,18	11661,31	62,21
	Gewässer	123,06	1,08	225,71	1,20
	Sonstige	187,23	1,64	350,22	1,87
Berlin	Offenlandfläche*			8,46	54,11
	Wald			4,81	30,74
	Gewässer			0,21	1,36
	Sonstige			2,16	13,80
Baden-Wuerttemberg	Offenlandfläche*	7976,89	60,37	7443,29	55,81
	Wald	4819,78	36,47	5517,88	41,37
	Gewässer	296,29	2,24	273,63	2,05
	Sonstige	121,46	0,92	101,57	0,76
Bayern	Offenlandfläche*	18656,67	39,12	22671,34	40,65
	Wald	26677,72	55,94	30197,03	54,15
	Gewässer	1610,68	3,38	1549,84	2,78
	Sonstige	745,30	1,56	1347,89	2,42
Freie Hansestadt Bremen	Wald			9,39	88,13
	Sonstige			1,26	11,87
Hessen	Offenlandfläche*	3944,15	43,53	3944,36	44,90
	Wald	3990,95	44,04	3954,27	45,02
	Gewässer	760,59	8,39	485,96	5,53
	Sonstige	365,44	4,03	399,31	4,55
Hamburg	Offenlandfläche*			0,69	3,15
	Gewässer			21,21	96,85
Mecklenburg-Vorpommern	Offenlandfläche*	7416,38	21,90	4579,96	30,51
	Wald	23357,98	68,98	7779,52	51,82
	Gewässer	2131,80	6,30	2089,97	13,92
	Sonstige	958,09	2,83	563,80	3,76
Niedersachsen	Offenlandfläche*	15951,86	48,87	14340,33	55,73
	Wald	10581,15	32,41	5220,70	20,29
	Gewässer	5166,66	15,83	5496,89	21,36
	Sonstige	944,31	2,89	674,44	2,62
Nordrhein-Westfalen	Offenlandfläche*	6689,96	33,75	6978,36	34,57
	Wald	11857,01	59,81	11928,34	59,10
	Gewässer	386,78	1,95	384,41	1,90
	Sonstige	889,76	4,49	893,14	4,42
Rheinland-Pfalz	Offenlandfläche*	5279,15	42,04	6740,27	34,55
	Wald	6185,81	49,26	11047,33	56,63
	Gewässer	757,66	6,03	1288,06	6,60
	Sonstige	335,44	2,67	430,63	2,21
Schleswig-Holstein	Offenlandfläche*	1817,48	75,34	2573,38	55,47
	Wald	185,02	7,67	1471,64	31,72
	Gewässer	279,28	11,58	332,53	7,17
	Sonstige	130,47	5,41	261,49	5,64
Saarland	Offenlandfläche*	135,79	27,41	142,22	33,58
	Wald	208,03	41,99	218,34	51,55
	Gewässer	140,70	28,40	50,89	12,02
	Sonstige	10,85	2,19	12,12	2,86
Sachsen	Offenlandfläche*	2845,05	13,09	2594,37	12,90
	Wald	18299,47	84,17	17017,16	84,61
	Gewässer	108,09	0,50	34,64	0,17
	Sonstige	489,50	2,25	467,31	2,32
Sachsen-Anhalt	Offenlandfläche*	10097,56	25,97	9653,00	27,76
	Wald	28131,53	72,34	24452,44	70,33
	Gewässer	237,70	0,61	246,21	0,71
	Sonstige	420,07	1,08	417,33	1,20
Freistaat Thuringen	Offenlandfläche*	6884,10	38,56	5558,82	34,57
	Wald	10934,13	61,24	10473,84	65,13
	Gewässer	9,30	0,05	9,32	0,06
	Sonstige	26,14	0,15	39,69	0,25

* beinhaltet Grünland, Extensivgrünland, Heiden u. a. landwirtschaftliche Flächen